

Politisches Handeln braucht Transparenz

Anita Möllering

1. Unser Anspruch

Die PIRATEN fordern Transparenz in Politik und Verwaltung: weil politische Entscheidungen für den Bürger nachvollziehbar sein müssen. Denn: Politik ist für den Bürger da und vom Bürger finanziert und beauftragt. Der Bürger ist für uns PIRATEN dabei nicht nur ein passives Objekt politischer Verwaltung, sondern ein aktiver Teilnehmer der Politik, ein *zoon politikon*, ein Wesen, das am politischen und sozialen Leben teilhaben möchte. In dieser Form ist er mündig zum politischen Handeln und Gestalten. Der Bürger muss deshalb Mittelpunkt der Politik sein. Er, der Bürger, wählt sich in einer repräsentativen Demokratie seine Vertreter, weil er manchmal eben auch Aufgaben und Entscheidungen delegieren muss. Er hat damit unserer Auffassung nach das selbstverständliche Recht zu wissen, wie seine Vertreter die Aufgabe erfüllen und in alle Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden, sofern er dies möchte. Der Bürger hat ein Recht darauf zu erfahren, welche Entscheidungen von wem, wann und aus welchem Grund gefällt werden. Er hat einen Anspruch darauf zu erfahren, auf welcher Basis die von ihm gewählten Politiker Entscheidungen fällen und in welchen politischen und wirtschaftlichen Netzwerken sie sich bewegen. Er hat das Recht darauf zu kontrollieren, was in der Politik passiert. Und er hat das Recht darauf, an den Entscheidungen effizient, komfortabel und mit niedrigen Kosten mitzuwirken. Nichts anderes darf in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung geschehen.

2. ... und die Wirklichkeit

Was sich so selbstverständlich anhört, dass es fast zu banal klingt, um darüber zu reden, ist es in unserer derzeitigen politischen Ordnung ganz und gar nicht. Wir haben heute Politiker, die sich mit dem Einzug in die Politik in ihren Elfenbeintürmen verschanzen und akribisch kontrollieren, dass nur das notwendige Minimum an Information nach draußen, zum Bürger, dringt. Wir haben Politiker, die darauf bedacht sind, lediglich bereits gefällte und damit kaum noch anzufechtende Entscheidungen zu präsentieren. Wir haben Politiker, die sich mit Klauen und

Krallen dagegen wehren, offenzulegen, von wem sie wann welche Geldleistungen erhalten haben. Sie zwingen dadurch Opposition und interessierte Bürger dazu, selbst herauszufinden, welche Interessen sie womöglich dadurch noch vertreten. Begründet wird dies mit ihrem politischen Expertentum, für das sie vom Wähler gewählt und beauftragt wurden. Ob sie die angepriesene politische Expertise und ihr Versprechen an den Bürger auch in der politischen Praxis beweisen können, bleibt dabei weitestgehend im Dunkeln. Denn dafür bräuchte es ja transparente Strukturen. Und was am Ende herauskommt, ist nicht selten ernüchternd: aktuell zum Beispiel ein gescheitertes Flughafenprojekt, wo nun wiederum ein Untersuchungsgremium unter Leitung der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin bis Ende 2013 und darüber hinaus allein damit beschäftigt sein wird, herauszufinden, was wann wo gelaufen ist und wo es Fehler in der Planung und bei Entscheidungen gab. Begründet wird diese Geheimniskrämerei auch gerne mit einem vertraulichen Raum, um sachpolitische Entscheidungen ohne stetige Wahlkampfplänkelei treffen zu können. Wie groß und weitreichend dieser vertrauliche Raum denn wirklich sein muss und wie sich Transparenz auch ohne stetige Öffentlichkeit schaffen lässt, wird lieber nicht diskutiert. Denn dafür bräuchte es ja ein transparentes und offenes Staatswesen. Und die Nebeneinkünfte? Hier fürchtet man gar den »öffentlichen Pranger«, wenn der Bürger alles wüsste. Nebeneinkünfte werden Politikern unserer Ansicht nach aber niemals zum Vorwurf gemacht werden, wenn sie sich zeitlich im Rahmen einer Nebeneinkunft bewegen, keine politischen Abhängigkeiten zu wichtigen Interessensgruppen schaffen und so das politische Mandat nicht gefährden. Um sich jedoch nicht mit diesen wichtigen Fragen der politischen Abhängigkeit und möglicherweise auch dem Geldwert des Politikerseins auseinandersetzen zu müssen, wird eine wirklich transparente Lösung der Offenlegungspflichten bereits seit vielen Jahren immer wieder vertagt.

3. Warum ist Transparenz so schwierig?

Warum ist Transparenz so schwierig? Weil der Begriff Transparenz, meistens mit dem Begriff der absoluten Öffentlichkeit verwechselt wird. Und weil, in der politischen Diskussion die Idee des »gläsernen Staates« – bewusst oder aus Unkenntnis – mit der Vorstellung vom »gläsernen Bürger« verwechselt wird. Beide Ideen aber, der »gläserne Staat« und der »gläserne Bürger« fußen auf grundsätzlich anderen gesellschaftlichen Werten.

Fangen wir bei den Begriffen Transparenz und Öffentlichkeit an. Transparentes politisches Handeln setzt nicht immer absolute Öffentlichkeit voraus. Selbstverständlich muss es auch in der Politik vertrauliche Räume geben, um bestimmte Probleme sachorientiert erörtern zu können. Selbstverständlich muss auch in der

Politik nicht alles in 24/7-Echtzeit unter den Augen der Bürger stattfinden. Das ist auch nicht sinnvoll. Auch wir PIRATEN, die sich Transparenz auf die Fahnen geschrieben haben und als neue politische Kraft bereits in vier Landesparlamente eingezogen sind, müssen derzeit genau definieren, wie sich transparentes politisches Handeln realisieren lässt, ohne handlungsunfähig zu werden.

4. Erfahrungen mit absoluter Öffentlichkeit

Wir sind hier – entgegen vielen Parteien – sehr mutig und beginnen das Ausloten neuer Möglichkeiten beim Extrem der absoluten Öffentlichkeit. Und hier machen wir zum Beispiel die Erfahrung, dass sich bei absoluter Öffentlichkeit in Gremien und Arbeitsgruppen während wichtiger Erörterungen eines Themas eben aufgrund der absoluten Öffentlichkeit zwei oder mehr Personen in einen persönlichen Gesprächsraum zurückziehen – also einen Raum, der nicht nur für den Bürger, sondern auch den Rest des Gremiums absolut intransparent wird. Kurz: Wir machen die konkrete Erfahrung, dass absolute Öffentlichkeit zu einem noch höheren Maße an Intransparenz in der Politik führen kann. Das wollen wir nicht. Deshalb kommen auch wir zu der Einschätzung, dass es in bestimmten, klar zu definierenden Situationen den vertraulichen Raum braucht. Das heißt aber nicht, und hier wird es wichtig, dass dieser nichtöffentliche Raum gleichzeitig auch nichttransparent ist. Dem Bürger und auch allen Mitgliedern der Piratenpartei müssen diese nichtöffentlichen Räume transparent gemacht werden. Zum Beispiel, indem klar und öffentlich dargestellt wird, wer sich wann wo und warum und zur Erledigung welcher Aufgabe nichtöffentlich trifft.

5. ... und Konsequenzen

Beim »Wer« sind wir wieder beim Thema Nebeneinkünfte, Abgeordnetenbestechung und Lobbyismus. Die Kenntnis des politischen Netzwerks und die Verquickungen mit der privaten Wirtschaft und anderen Institutionen sind hierbei von hoher Wichtigkeit. Auch die Eckpunkte »warum« und »zu welchem Ziel« sind verpflichtend zu beantworten. Denn das »Warum« zwingt das Gremium immer wieder selbst, darüber nachzudenken, ob es wirklich einen triftigen Grund für die Nichtöffentlichkeit gibt und welche Motivation dahinter steht. Auch die Veröffentlichung des Gesprächsziels schafft Transparenz: weil dann auch ohne Untersuchungsausschuss im Nachgang schnell nachvollziehbar ist, in welchem Rahmen über eine bestimmte Entscheidung diskutiert wurde und wer daran beteiligt war. Neben der Vorankündigung ist auch der Bericht im Nachhinein von äußerster

Relevanz, um die Transparenz des Gremiums zu gewährleisten. Hier ist sicher auch über den Einsatz neutraler Berichterstatter nachzudenken, die eine objektive Darstellung garantieren. Das ist nur ein Beispiel, das an dieser Stelle vor allem eins zeigen soll: Transparenz und Vertraulichkeit in der Politik sind kein Gegensatz. Sachpolitisches Handeln ist auch in transparenten Strukturen möglich.

6. Gläserner Staat und Gläserner Bürger – zwei verschiedene Paar Schuhe

Kommen wir zum zweiten Aspekt, der Transparenz scheinbar oft so schwierig macht: die Unterscheidung zwischen »gläsernem Staat« und »gläsernem Bürger«. Wir PIRATEN kämpfen für den »gläsernen Staat« und gegen den »gläsernen Bürger«. Der Bürger als Auftraggeber seiner politischen Vertreter hat ein Grundrecht darauf zu erfahren, wie diese ihren Auftrag erfüllen. Denn der Staat ist für den Bürger da. Andersherum gilt dies nicht: Der Bürger ist nicht für den Staat da. Die Aufgabe des Staates ist es nicht, den Bürger zu kontrollieren. Ganz im Gegenteil: Die Aufgabe des Staates ist es, den Bürger zu schützen, eben auch in seiner Privatheit. Es ist seine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung und Privatsphäre zu jeder Zeit gewährleistet werden – damit es niemals diesen »gläsernen Bürger« geben wird. Dieses Bürgerrecht gilt natürlich auch für Abgeordnete.

Ja, genau. Kommen wir noch einmal zur derzeit tobenden politischen Debatte um die Nebeneinkünfte von Politikern wie Peer Steinbrück zurück, da diese – insbesondere was den Begriff der Transparenz betrifft – sehr bezeichnend ist. In dieser Debatte tauchten plötzlich, neben der vollends berechtigten Forderung nach Offenlegung der Nebeneinkünfte im politischen Amt, Forderungen des politischen Gegners auf, Steinbrück solle doch seine Steuererklärung veröffentlichen. Gleichzeitig warf Steinbrück selbst in die Diskussion, Transparenz gäbe es nur in Diktaturen. Hier geht es um die Bürgerrechte, die auch für den Abgeordneten gelten. Ein Abgeordneter muss als politische Person dazu verpflichtet sein – und dies auch als selbstverständliche Selbstverpflichtung sehen –, alle Einkünfte offenzulegen, die er neben seinem Amt ausübt und die in direkter Beziehung zu seiner Tätigkeit als Abgeordneter stehen. Hier geht es nicht nur um die reine Summe, sondern auch um die Angabe des Auftraggebers und den Inhalt des Auftrags. Ob die Richtigkeit der Angaben am Ende des Jahres z. B. durch vertrauliche Personen in der Bundestagsverwaltung anhand der Steuererklärung gegengeprüft wird, steht auf einem anderen Blatt. Auf jeden Fall darf Steinbrück und auch kein Abgeordneter dazu verpflichtet werden, seine Steuererklärung für alle Welt zu veröffentlichen: Denn das ist auch bei einem Abgeordneten seine Privatangelegenheit

als Bürger dieses Staates. Würden wir dies verlangen, würden wir – da gebe ich Steinbrück Recht – tatsächlich eine Bürgerüberwachung fordern und wären somit nicht weit entfernt von totalitären Strukturen. Gleichzeitig können wir Steinbrück dafür kritisieren, dass er – wie viele andere auch – Transparenz des Staates und Transparenz des Bürgers – ich unterstelle: bewusst – vermengt und nicht klar voneinander trennt.

7. Transparenz in der Politik – ein Gewinn für die Demokratie

Wie wollen wir PIRATEN nun Transparenz in die Politik bringen? Wir wünschen uns OpenGovernment, einen transparenten, partizipativen und offenen Staat. Dafür müssen alle Datenbestände der öffentlichen Verwaltung, sofern sie nicht personenbezogen oder sicherheitsrelevant sind, lizenzfrei und maschinenlesbar im Internet für den Bürger abrufbar sein (OpenData). Unsere digitale Welt mit all ihren technologischen Möglichkeiten stellt die notwendigen Technologien dafür bereit. Alle bereits bestehenden Möglichkeiten der Veröffentlichung sollten schlicht genutzt werden. Dafür muss noch bestehendes Papierwerk in digital abrufbare Dokumente umgewandelt werden. Auch an den bereits laufenden OpenData-Projekten der Regierung muss der Bürger beteiligt werden, denn schließlich geht es ja um seine Information. Und nur wenn der Bürger mit allen notwendigen Informationen versorgt wird, wird auch ernsthafte Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen möglich. Zum OpenGovernment gehört für uns weiterhin der freie Zugang zu öffentlich finanzierten Werken zur Wieder- und Weiterverwendung (OpenCommons) und die Wissensfreiheit durch die Veröffentlichung von Archiven, staatlich oder kommunal geförderter Forschung und Entwicklung (OpenAccess).

Gibt es durch Transparenz und Partizipation tatsächlich etwas zu gewinnen? Definitiv ja.

Durch transparentes politisches Handeln wird demokratische Kontrolle möglich. Das stärkt das Vertrauen des Bürgers in die Demokratie, den Staat und die Entscheidungsträger. Politische Entscheidungen werden so weit mehr akzeptiert als bisher. Nicht nur das: Durch die weitreichende Begleitung politischer Projekte durch den Bürger können Fehlstellungen frühzeitig korrigiert werden, sodass uns manches Desaster in Zukunft möglicherweise erspart bleibt. Und schlussendlich: Korruption, Miswirtschaft und Amtsmissbrauch wird der Boden entzogen. Öffentliche Daten sind ein Gemeingut. Der Bürger ist nicht in der Hol-, sondern die politische Verwaltung in der Bringschuld. Mit OpenGovernment gelingt uns der Staat, den aktive Staatsbürger in einer Demokratie wünschen und wollen.